

Anlage 4

Gesellschaftsvertrag der BEB in Norderstedt gGmbH Bildung - Erziehung - Betreuung in Norderstedt gGmbH

Präambel

Die gemeinnützige Gesellschaft Bildung – Erziehung – Betreuung in Norderstedt gGmbH (BEB in Norderstedt gGmbH) engagiert sich als Dienstleistungsgesellschaft für die Förderung von Erziehung und Bildung sowie die Sicherstellung von Betreuungsangeboten – außerhalb des Unterrichts - für Norderstedter Schülerinnen und Schüler.

Die Gesellschaft stellt das in der Landesverfassung (§ 6a) genannte Recht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und auf die Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.“

Für die Gesellschaft sind außerdem Grundlage ihrer Tätigkeit

- der § 6 „Ganztagsschulen und Betreuungsangebote“ des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 24.01.2007 zuletzt geändert am 28.01.2011,
- die Richtlinie zur Genehmigung und Förderung von Offenen Ganztagsschulen sowie zur Einrichtung und Förderung von Betreuungsangeboten in der Primarstufe und im 8jährigen gymnasialen Bildungsgang (G8) (Richtlinie Bildung und Betreuung) des Landes Schleswig-Holstein vom 01.12.2010,
- der Beschluss der Stadtvertretung Norderstedt vom 28.06.2011 zur Einführung der Offenen Ganztagsgrundschulen an allen Norderstedter Grundschulen in den nächsten zehn Jahren,
- der Gesellschaftsvertrag,
- die Rahmenkonzeption für Offene Ganztagsgrundschulen in Norderstedt sowie
- die pädagogischen Leitlinien.

Änderungen der Rahmenbedingungen der Gesellschaft erfolgen bei Grundsatzfragen wie dem Gesellschaftsvertrag durch die Stadtvertretung Norderstedt oder durch den für Schulen zuständigen Fachausschuss der Stadt Norderstedt, z.B. im Falle von Entgeltsätzen, Sozialstaffel, Stellenschlüssel und Rahmenkonzeption.

§ 1 Firma, Sitz

1. Der Name der Gesellschaft lautet „Bildung – Erziehung – Betreuung in Norderstedt“ gGmbH.
2. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Norderstedt.

§ 2 Gegenstand und Zweck der Gesellschaft

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Erziehung und Bildung sowie die Sicherstellung von Betreuungsangeboten – außerhalb des Unterrichts - für Norderstedter Schülerinnen und Schüler.
2. Der Zweck ist Ganztagsangebote an den Norderstedter Schulen zu sichern und dadurch die Möglichkeit zu schaffen, ergänzend zum planmäßigen Unterricht, die Bildungschancen junger Menschen zu erhöhen, deren individuelle Fähigkeiten und Interessen zu fördern und Benachteiligungen abzubauen.
3. Der Zweck wird insbesondere erreicht durch:
 - a. Mitgestaltung und stetige Weiterentwicklung der pädagogischen Konzeption für Ganztagschulen in Kooperation mit den Schulleitungen,
 - b. Sicherstellung der erforderlichen Infrastruktur,
 - c. Beauftragung externer Dienstleister.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke unter Beachtung von § 58 Nr. 6 und 7 AO.
3. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Der Gesellschafter darf keine Gewinnanteile und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr, Beginn der Geschäftstätigkeit

1. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
3. Die Gesellschaft nimmt ihre Tätigkeit mit der Eintragung im Handelsregister auf, spätestens aber am 1. April 2013.

§ 5 Stammkapital

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € (Fünfundzwanzigtausend Euro)
2. Die Stammeinlage wird übernommen von:
Stadt Norderstedt € 25.000

§ 6 Organe der Gesellschaft

1. Die Organe der Gesellschaft sind
 1. die Geschäftsführung
 2. der Aufsichtsrat
 3. die Gesellschafterversammlung
2. Ein beratender Fachbeirat soll einberufen werden. Die näheren Regelungen zu den Aufgaben und Rechten des Beirates, die Zusammensetzung des Beirates sowie eine Geschäftsordnung werden durch den Aufsichtsrat festgelegt.

§ 7 Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat eine/n oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in bestellt, so wird die Gesellschaft durch sie/ihn vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen oder durch eine/n Geschäftsführer/in und eine/n Prokuristin/en vertreten. Jedem/Jeder Geschäftsführer/in kann durch den Aufsichtsrat Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.

Der/die Geschäftsführer/innen können durch Beschluss des Aufsichtsrates vom Verbot der Doppel- oder Mehrvertretung gemäß § 181 BGB zweite Alternative befreit werden.

2. Der/die Geschäftsführer/innen werden unbefristet bestellt. Mitglieder des Aufsichtsrates können nicht zugleich Geschäftsführer/in sein.
3. Das Dienstverhältnis der Geschäftsführer/innen ist in einem besonderen Anstellungsvertrag zu regeln, der konkrete Kündigungsfristen enthält. Der Vertrag bedarf der Unterschrift der/des Aufsichtsratsvorsitzenden.
4. Der/die Geschäftsführer/innen sind für das Führen der laufenden Geschäfte verantwortlich. Sie sind zur Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsmanagement der Stadt Norderstedt verpflichtet. Die damit verbundenen Aufgaben ergeben sich aus den Regeln für das Beteiligungscontrolling der Stadt Norderstedt. Die Geschäftsführung leitet die Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Gesellschafterbeschlüsse und der Beschlüsse des Aufsichtsrates in eigener Verantwortung.

Der Gesellschafterin steht ein jederzeitiges, umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht zu. Sie teilt der Geschäftsführung schriftlich die Namen derjenigen Personen mit, die zur Anforderung und Entgegennahme der Auskünfte bzw. zur Wahrnehmung der Akteneinsichtsrechte berechtigt sind und aktualisiert diese laufend.

Zu den laufenden Geschäften zählen alle wiederkehrenden Maßnahmen, welche zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere die folgenden Aufgaben:

- a) Führung der Handelsbücher (Buchführungspflicht)
- b) Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Gesellschaft (§ 13)
- c) Aufstellung des Wirtschaftsplanes und Berichterstattung an den Aufsichtsrat (§ 12)
- d) Organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen sowie Rechtsgeschäfte zur Ausführung des Wirtschaftsplanes (§ 12) innerhalb des dort gegebenen Rahmens. In die Personalkompetenz der Geschäftsführung eingeschlossen ist die

Anstellung und Entlassung von leitenden Mitarbeitern.

5. Die Mitglieder der Geschäftsführung haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Über vertrauliche Angelegenheiten und Geheimnisse der Gesellschaft haben sie Stillschweigen zu bewahren.

§ 8 Aufsichtsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Deren Mitglieder sind:
 - Zuständige/r Dezernent/in Norderstedt kraft Amtes
 - Schulrat/-rätin Kreis Segeberg kraft Amtes
 - 9 von der Stadt Norderstedt zu bestimmende Mitglieder
 - 2 Vertreter/innen der derzeitigen Hortträger in der Stadt Norderstedt, die ebenfalls von der Stadt Norderstedt bestimmt werden – solange Horte bestehen
2. Die Amtszeit beginnt mit der Bestellung durch die Gesellschafterversammlung.
3. Die Amtsdauer des Aufsichtsrates endet nach Ablauf der Wahlperiode der Stadtvertretung der Stadt Norderstedt, aber spätestens mit dem Ablauf der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das fünfte Geschäftsjahr beschließt, das nach der Bestellung des Aufsichtsrats beginnt. Im letzteren Fall wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Der alte Aufsichtsrat führt die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Aufsichtsrates fort. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied während der Amtszeit aus, so erfolgt eine neue Bestellung nur für den Rest der Amtszeit.
4. War für die Bestellung eines Aufsichtsratsmitglieds seine Zugehörigkeit zur Verwaltung, zur Stadtvertretung der Stadt Norderstedt, zum Schulamt oder zum derzeitigen Hortträger bestimmend, so scheidet das Aufsichtsratsmitglied zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der Verwaltung oder der Stadtvertretung oder des Schulamtes auch aus dem Aufsichtsrat aus.
5. Jedes Mitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft niederlegen.
6. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte die/den Vorsitzende/n des Aufsichtsrates sowie eine/n Stellvertreter/in. Die Wahl erfolgt für die Restdauer ihrer/seiner ursprünglichen Amtszeit.
7. Der Aufsichtsrat wird von der/dem Vorsitzenden oder bei deren/dessen Verhinderung von ihrer/seinem Stellvertreter/in einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern oder wenn dies von der Geschäftsführung oder zwei Aufsichtsratsmitgliedern beantragt wird. Der Aufsichtsrat sollte einmal im Kalenderhalbjahr tagen.
8. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen teil, sofern der Aufsichtsrat nicht im Einzelfall etwas anderes beschließt.
9. Die Einberufung muss schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und Übersendung der Vorlagen mit einer Frist von mindestens 2 Wochen seit Aufgabe des Briefes erfolgen. In dringenden Fällen kann eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden.
10. Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder sein/ihr Stellvertreter/in an der Beschlussfassung teilnehmen. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Ergibt sich Stimmengleichheit, so gibt bei erneuter

- Abstimmung über denselben Gegenstand und Stimmgleichheit die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag.
11. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können ihr Stimmrecht schriftlich ausüben. Eine Bevollmächtigung ist nicht zulässig.
 12. Über die Sitzungen des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem/der Vorsitzenden der Sitzung zu unterzeichnen ist. Sie ist den Gesellschaftern auf Verlangen zugänglich zu machen.
 13. Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom/von der Vorsitzenden oder in Verhinderung von seinem/ihrer Vertreter(in) im Namen des Aufsichtsrates unter der Bezeichnung „Bildung-Erziehung-Betreuung gGmbH“ abgegeben.
 14. Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen ihre Aufgaben mit der Sorgfalt und Verantwortung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds wahr. Insbesondere sind sie in allen vertraulichen Angelegenheiten und Geheimnissen der Gesellschaft zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten verpflichtet.
 15. Die auf Veranlassung der Stadt Norderstedt entsandten Mitglieder haben bei ihrer Tätigkeit das Interesse der Kommune im Rahmen der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die Gesellschaft zu verfolgen; sie sollen im Sinne der Beschlüsse der Stadtvertretung handeln. Sie sind der Gesellschafterin gegenüber auskunftspflichtig und weisungsgebunden.

§ 9 Aufgaben des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit der Geschäftsführung in entsprechender Anwendung des § 111 Aktiengesetz und bereitet die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vor. Er hat sich für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft einzusetzen. Die von der Stadt Norderstedt entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Weisungen des Hauptausschusses bzw. des zuständigen Fachausschusses sowie der Stadtvertretung zu befolgen.
2. Dem Aufsichtsrat obliegen
 - a) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer
 - b) Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern, insbesondere deren Anstellung und Entlassung
 - c) Erteilung und Widerruf von Alleinvertretungsbefugnissen für einzelne Geschäftsführer
 - d) Beschluss des Wirtschaftsplanes und seiner Änderungen
 - e) Entscheidung über die Aufnahme von Krediten, soweit sie nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind, sowie die Grundsätze für die Gewährung der Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlichen Sicherheitsleistungen
 - f) Entgegennahme der unterjährigen Berichte der Geschäftsführung
 - g) Einleitung gerichtlicher und schiedsgerichtlicher Verfahren sowie deren Beendigung durch Rücknahme der Anträge oder Vergleich, sofern sie von grundsätzlicher oder wirtschaftlicher Bedeutung sind
 - h) Erteilung und Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten
 - i) Vorberatung der Ziffern a. und b. der Gesellschafterversammlungsaufgaben (§ 11) für die Gesellschafterversammlung.
3. Der Aufsichtsrat gibt der Geschäftsführung eine Geschäftsordnung. Sind mehrere

Geschäftsführer/innen bestellt (§ 7), so enthält die dann zwingende Geschäftsordnung die Geschäftsverteilung innerhalb der Geschäftsführung.

4. Die Geschäftsführung bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats in folgenden Angelegenheiten
 - a) Miet-, Pacht- und Leasingverträge über Immobilien, soweit im Einzelfall ein vom Aufsichtsrat festzulegender Betrag überschritten wird
 - b) Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährsverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, soweit im Einzelfall ein vom Aufsichtsrat festzulegender Betrag überschritten wird
 - c) Gewährung von Darlehen, Verzicht auf Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten, Abschluss von Vergleichen soweit ein vom Aufsichtsrat festzulegender Betrag überschritten wird

Die Wertgrenzen werden in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegt.

§ 10 Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung oder durch den Gesellschafter einberufen. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet in den ersten 6 Monaten des Geschäftsjahres statt.
2. Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Bei einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung ist eine Fristverkürzung zulässig.
3. Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung findet statt, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.
4. Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern die Gesellschafterversammlung im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt.
5. Über den wesentlichen Verlauf der Gesellschafterversammlung und die gefassten Beschlüsse ist unverzüglich ein Protokoll anzufertigen, das von dem Gesellschafter zu unterschreiben ist. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen. Eine Kopie des Protokolls ist der Stadtvertretung der Stadt Norderstedt zur Kenntnis zu bringen.

§ 11 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Der Beschlussfassung und der Zustimmung der Gesellschafterversammlung unterliegen die ihr nach dem Gesetz vorbehaltenen Fälle, sofern nicht der Aufsichtsrat nach diesem Gesellschaftsvertrag hierüber beschließt. Danach fallen in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung insbesondere:

- a) Bestellung des Abschlussprüfers,
- b) Entgegennahme des Lageberichtes, Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss über die Ergebnisverwendung,
- c) Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder und der Geschäftsführung,
- d) Festsetzung der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder,
- e) Geltendmachung von Regressansprüchen gegenüber der Geschäftsführung und

Mitgliedern des Aufsichtsrates

§ 12 Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung stellt in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung den Wirtschaftsplan auf. Sie legt den Wirtschaftsplan so rechtzeitig vor, dass er vom Aufsichtsrat vor Beginn der abschließenden Haushaltsberatungen beschlossen werden kann.
2. Der Wirtschaftsplan umfasst insbesondere einen Vorbericht, den Investitions-, Erfolgs- und Finanzplan, den Stellenplan sowie den fünfjährigen Finanzplan. Die kommunalrechtlichen Bestimmungen sind zu beachten.
3. Bei wesentlichen Abweichungen vom Wirtschaftsplan im Sinne von § 12 Abs.4 EigVO ist ein Nachtrag aufzustellen.
4. Die Geschäftsführung unterrichtet die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat über den Vollzug des Wirtschaftsplanes im Rahmen der Berichterstattung.

§ 13 Jahresabschluss

1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen.
2. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgt in entsprechender Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften.
3. Ist die Gesellschaft eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 HGB erfolgt die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach den Bestimmungen des KPG.
4. Der Stadt Norderstedt werden die Befugnisse nach § 53 HGrG eingeräumt. Dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Norderstedt und dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein werden die Befugnisse nach § 54 des HGrG eingeräumt. Dem Rechnungsprüfungsamt werden zudem die Befugnisse nach §116 Abs. 1 Ziff.3 und 4 sowie Abs. 2 Ziff. 2 und 3 der Gemeindeordnung (GO SH) eingeräumt. Der Auftrag an den Abschlussprüfer ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 Ziffern 1 und 2 des HGrG zu erstrecken.
5. Unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichts des Abschlussprüfers hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht dem Aufsichtsrat zur Prüfung und anschließend dem Gesellschafter zur Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen. Der Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung ist dem Gesellschafter zusammen mit dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Ergebnisverwendung ebenfalls unverzüglich vorzulegen.
6. Die Gesellschafterversammlung hat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung für das vergangene Geschäftsjahr zu beschließen.

§ 14 Auflösung der Gesellschaft

1. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführung, soweit die Gesellschafterversammlung nichts anderes beschließt.
2. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres steuerbegünstigten Zweckes fällt das Vermögen der Gesellschaft an die Stadt Norderstedt, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 15 Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam sein oder werden oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, soll dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages nicht berührt werden. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine andere rechtlich zulässige Regelung zu ersetzen, die dem mit den unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen angestrebten Zweck und der wirtschaftlichen Zielsetzung gerecht wird.
2. Sofern eine Bestimmung verschieden ausgelegt werden kann, ist sie so auszulegen, wie sie mit dem Gesetz und des Inhalt des Vertrages am ehesten in Einklang gebracht werden kann.

§ 16 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft werden – soweit gesetzlich vorgeschrieben – im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie werden daneben auch in der örtlichen Presse veröffentlicht.

Entwurf November 2012 - Änderungen gegenüber vorherigen Entwürfen

Gesellschaftsvertrag für die BEB in Norderstedt gGmbH

1. Einflussnahme und Entscheidungsbefugnisse liegen in weitaus höherem Maße bei der Stadtvertretung und den Ausschüssen:
 - Die Rahmenbedingungen der Gesellschaft – wie Rahmenkonzeption, Entgelte, Sozialstaffel, Stellenschlüssel – können nur durch Beschluss der Stadtvertretung oder des für Schulen zuständigen Fachausschusses geändert werden. (Präambel, Wegfall in §9 betr. Rahmenkonzeption)
 - Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 11 um zwei Mitglieder der Stadt Norderstedt auf 13 erhöht. §8.1
 - Der Abschluss von Gesellschaftsverträgen, die Gründung, Beteiligung und Übernahme von Gesellschaften, die Übernahme neuer Aufgaben sowie der Entscheidungen über den Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und anderen Vermögensgegenständen wird – soweit eine Anwendung überhaupt in Frage kommt – nicht den Organen der Gesellschaft obliegen. S. Streichungen in §11
2. Aus der Präambel wurde der dritte Absatz dem §2 Gegenstand und Zweck der Gesellschaft zugeordnet.
3. In der Präambel wurden den Grundlagen für die rechtlichen Grundlagen (Schulgesetz, Richtlinie des Landes) sowie der Beschluss der Stadtvertretung hinzugefügt.
4. Im §2 wurde unter b. die Beispiele für die Infrastruktur entfernt und unter c. „Kooperation“ durch „Beauftragung“ ersetzt.
5. Der Fachbeirat wurde als beratende Instanz – nicht als Organ mit Beschlussrechten – im Vertrag aufgenommen.
6. Der Vorschlag, den Zweck der Gesellschaft auf die Norderstedter Schulen insgesamt zu erweitern, wurde aufgenommen. (§2, 2)
7. Deutlicher herausgestellt wurden:
 - Das Auskunftsrecht des Gesellschafters – in §7.4 (2. Absatz)
 - Die Bindung der Mitglieder der Stadt Norderstedt im Aufsichtsrat an die Bindung der Beschlüsse der Stadtvertretung. §8.15
 - Die Gesellschaft ist eine Dienstleistungsgesellschaft
8. Weitere Ergänzungen
 - Aufnahme der Tätigkeit der Gesellschaft erfolgt zum 1. April 2013. §4
 - Der AR gibt der Geschäftsführung eine GO. §9.3

Von den Vorschlägen wurden nicht berücksichtigt:

- Fachbeirat als Organ mit Entscheidungsbefugnis zu führen
- Festschreibung der Mitglieder des Fachbeirates
- Das Kita-Werk und den Verein der Kinder wegen e.V. als Mitglied im Fachbeirat zu führen und nicht im Aufsichtsrat (nur eines macht Sinn)

Welche Gesellschaftsform ist passend für die Gesellschaft Bildung - Erziehung - Betreuung in Norderstedt (BEB in Norderstedt)

Die Vorlage der Verwaltung, eine gGmbH zu gründen, beruht auf folgenden Beurteilungskriterien in der Abwägung möglicher Rechtsformen:










- Ausreichende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die städtischen Gremien
- Mitwirkungs- und Einbindungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen, die Erfahrungen
- Ausreichende Flexibilität der Werks-/Geschäftsleitung im operativen Handeln

	Eigenbetrieb ¹	gGmbH ² mit Aufsichtsrat	Anstalt öffentl. Rechts (AöR)	Bewertung
Rechtlich	Rechtl. unselbständig, Teil der Stadtverwaltung Organisatorisch und finanziell selbständig	Rechtlich selbständig, kann eigene Geschäfte abschließen	AöR sind (meist) rechtlich wie auch organisatorisch selbständig.	
Organe	Werkleitung Werkausschuss Stadtvertretung (SV)	Geschäftsführer/in (GF) Gesellschafterversammlung (GV) Aufsichtsrat (AR)	Geschäftsführer/in (GF) Verwaltungsrat (VR) Gewährträgerversammlung	
Entscheidung, Einfluss, Kontrolle durch die Stadt	SV bestimmt die Zusammensetzung des Ausschusses; Weisungs- und Entscheidungsvorhalte von SV / Ausschuss gegenüber Werkleitung für die laufenden Geschäfte vorsehen	Stadt hat 80%/100% der Anteile → Mehrheit Gesellschafter entscheiden - haben gegenüber GF Weisungsrecht (auch im Einzelfall) Kontrolle durch Aufsichtsrat und damit durch Hauptausschuss und SV (siehe auch §9.1 des Entwurfs) Weite Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Vertrages	Die Stadt (SV) ist alleiniger Gewährträger Weite Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Satzung	Darüber hinaus besteht unabhängig von der Rechtsform Kontrolle über die Höhe der Zuschussgewährung und die Entgelte. Die Gemeinnützigkeit setzt wirtschaftlichen Risiken enge Grenzen. Konzeptionelle Entscheidungen mit wirtschaftlichen Auswirkungen erfordern Beschluss des ARs/VWs, ohne Auswirkungen den Beschluss von Schulleitungen / -konferenzen
Einbeziehung privater Dritter	Nein	Mit Stimmrecht in GV und AR möglich	Nur beratend im VR möglich	Nur bei der Variante „gGmbH“ ist die angestrebte Mitwirkung Dritter in vollem Umfang möglich
Flexibilität im operativen Handeln	Erfahrungsgemäß ist die Flexibilität und Unabhängigkeit der Werkleitung gering	Flexibilität der operativ tätigen GF durch Gesellschaftsvertrag gegeben	Flexibilität der operativ tätigen GF durch Satzung gegeben	gGmbH und AöR ermöglichen die Bewertung „Flexibilität“
Haftung	Unbeschränkt	Beschränkt	Kann auf Einlage beschränkt werden (faktisch aber unbegrenzt)	Nicht entscheidungsrelevant

¹ Der Regiebetrieb wurde nicht gesondert aufgenommen, da er wie der Eigenbetrieb rechtlich, organisatorisch sowie auch haushalts- und finanzwirtschaftlich in die kommunale Gebietskörperschaft eingegliedert ist. Der Regiebetrieb besitzt im Unterschied zum Eigenbetrieb keine eigenen Organe und führt keinen eigenen Stellenplan.

² Die AG / gAG wurde nicht gesondert aufgenommen, da sie zu keinem Bewertungskriterium eine positive Alternative gegenüber der gGmbH bietet. Die Stiftung und der Verein (eV) wurden gleichfalls nicht aufgenommen, da Ausgangspunkt und Gründungszweck nicht dem Vorhaben der OGGS-Trägerschaft entsprechen. Eine Stiftung ist eine Einrichtung, die mit Hilfe eines Vermögens einen vom Stifter festgelegten Zweck verfolgt. Im Verein haben die Mitglieder das Sagen, in der Regel jedes Mitglied mit einer Stimme. Bei Beschränkungen (z.B. Mitgliederzahl) wird nahezu die Form der gGmbH erreicht.

Beurteilung auf Basis der Kriterien:

	Eigenbetrieb	gGmbH	AöR
Kontrolle durch die Stadt			
Einbeziehung privater Dritter			
Flexibilität			

Entwurf eines Businessplans (Teil: Wirtschaftsplan) für den Träger der OGGS Norderstedt

November 2012

	2013		2014		2015		Anmerk.
	Jan - Jul	Aug - Dez	Jan - Jul	Aug - Dez	Jan - Jul	Aug - Dez	
Kinder in der OGGS-Betreuung:							
OGGS Friedrichsgabe	76	80	80	80	80	80	
OGGS Glashütte		120	120	120	120	120	
OGGS Heidberg			240	240	240	240	
OGGS Gottfried-Keller-Str.			110	110	110	110	
OGGS Immenhorst					100	100	
OGGS Harsheide Nord					180	180	
Summe Kinder in Betreuung	76	200	200	550	550	830	1
Mitarbeiter/innen Betreuung (VZ)	3,9	9,0	9,0	24,4	24,4	36,5	2

Kosten

Personalkosten Betreuung	89.000 €	147.000 €	206.000 €	396.000 €	555.000 €	593.000 €	1.147.999 €	3
Fortbildung	1.000 €	1.500 €	2.200 €	4.000 €	5.500 €	6.000 €	11.500 €	4
Geschäftsaufwendungen	300 €	400 €	700 €	1.000 €	2.000 €	1.500 €	3.500 €	5
Beschäftig.materi al + Kleinschaffungen	4.000 €	7.500 €	10.500 €	20.500 €	29.000 €	31.000 €	60.000 €	6
Kursleiteraufwendungen	3.400 €	8.100 €	9.000 €	22.300 €	24.800 €	33.600 €	58.400 €	7
Verpflegung	26.500 €	49.800 €	69.700 €	136.800 €	191.500 €	206.500 €	398.000 €	8
OGGS-Geschäftsführung	21.000 €	15.300 €	30.000 €	21.300 €	42.500 €	30.500 €	73.000 €	9
Assistenz	10.900 €	7.800 €	15.300 €	10.900 €	21.800 €	15.600 €	37.400 €	10
Pädagogische Leitung				15.200 €	30.300 €	21.700 €	52.000 €	11
Gehaltsbuchhaltung, Jahresabschluss	6.300 €	2.500 €	13.500 €	6.900 €	19.600 €	10.400 €	30.000 €	12
Büro, Telefon, Ausstattung, Material					12.000 €		15.000 €	13
Sonstiges und Reserve (3% v. Pers.kosten)					18.100 €		34.500 €	14
SUMME KOSTEN	419.400 €	419.400 €	602.000 €	1.021.900 €	1.021.900 €	1.921.300 €	1.921.300 €	7

Entgelte und Landeszuschuss

Landeszuschuss	11.100 €	27.500 €	38.500 €	75.600 €	105.900 €	114.100 €	220.000 €	15
Entgelte incl. Verpflegung	49.000 €	92.100 €	129.000 €	253.000 €	354.600 €	382.400 €	737.000 €	16
Abzügl. Sozialtaffel (25%) betreuten schulinternen SchülerInnen	-12.200 €	-23.000 €	-32.200 €	-63.200 €	-88.600 €	-95.600 €	-184.200 €	17
SUMME EINNAHMEN	900 €	2.000 €	2.900 €	7.900 €	6.200 €	8.400 €	14.600 €	18

Belastung Stadt Norderstedt

Belastung Stadt Norderstedt	272.000 €	272.000 €	613.300 €	613.300 €	1.133.900 €	1.133.900 €	1.133.900 €	
<i>Je Kind je Monat</i>	<i>177,55 €</i>	<i>177,55 €</i>	<i>147,78 €</i>	<i>147,78 €</i>	<i>141,74 €</i>	<i>141,74 €</i>	<i>141,74 €</i>	

Abstimmung:

Mit 13 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

TOP 7:**Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 8:**Berichte und Anfragen - öffentlich****TOP 8.1:****Sitzungstermine 2013**

Frau Weidler berichtet, dass sie eine Liste der Sitzungstermine 2013 des Ausschusses für Schule und Sport erstellt hat und dass diese Liste mit Schreiben vom 17.10.2012 über die Verwaltung an die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Schule und Sport verteilt wurde.

TOP 8.2:**Antrag auf Änderung der Schulform der Regionalschule Garstedt**

Frau Weidler gibt ein Schreiben der Regionalschule Garstedt auf Änderung der Schulform vom 12.09.2012 als Anlage 3 zu Protokoll.

Herr Bertram berichtet, dass es hierzu ein Antwortschreiben der Verwaltung gibt, das ebenfalls als Anlage 3 zu Protokoll gegeben wird.

TOP 8.3:**Rechtsform Träger Offene Ganztagsgrundschule**

Frau Gattermann berichtet, dass eine Diskussion hinsichtlich der Rechtsform des Trägers der Offenen Ganztagsgrundschule im Hauptausschuss stattgefunden hat und dass die Verwaltung den Entwurf des Gesellschaftsvertrags der BEB in Norderstedt gGmbH überarbeitet hat.

Der neue Entwurf sowie eine Auflistung der Änderungen gegenüber den vorherigen Entwürfen und eine Liste der Bewertung der in Frage kommenden Gesellschaftsform werden als Anlage 4 zu Protokoll gegeben und bilden die Grundlage für die Behandlung der Thematik im Hauptausschuss und in der Stadtvertretung.

TOP 8.4:**Umstrukturierung Hausmeisterdienste**

Herr Bertram gibt als Anlage 5 das Antwortschreiben des Amtes für Gebäudewirtschaft auf eine Anfrage von Frau Dähn im Namen des Kollegiums des Copernicus-Gymnasiums aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 06.06.2012 zum Thema „Umstrukturierung der Hausmeisterdienste“ zu Protokoll.